



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 173. Ratssitzung vom 17. Dezember 2025

5612. 2025/450

Weisung vom 01.10.2025:

Entsorgung + Recycling Zürich, Logistik, Bioabfall, neue einmalige Ausgaben

Antrag des Stadtrats

Für die Bioabfallsammlung auf öffentlichem Grund werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 12 683 000.– bewilligt (Preisstand August 2025 gemäss dem Zürcher Index der Konsumentenpreise).

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit Schlussabstimmung:

Beat Oberholzer (GLP): Am Ende der letzten Legislatur, ungefähr vor vier Jahren, haben wir die flächendeckende Einführung des Bioabfalls beschlossen. Mittlerweile stehen bei vielen Liegenschaften die grünen Bioabfallcontainer auf privatem Grund. Wie es schon damals vorgesehen war, ist dies im Altstadtquartier nicht so einfach möglich. Deshalb werden die Biocontainer dort auf öffentlichem Grund aufgestellt, wie es auch beim Zürisack-Abfall getan wird. Es geht um einmalige Ausgaben von rund 13 Millionen Franken für Bioabfallcontainer auf öffentlichem Grund. Es handelt sich um 270 Standorte. Davon sollen zehn als Unterflurcontainer realisiert werden, der Rest als Oberflurcontainer. Für die Unterflurcontainer wird ein vier Meter tiefes Loch ausgehoben, in das ein Sack mit einem Durchmesser von 60 Zentimetern eingelassen wird. Bei der Leerung wird dann jeweils der ganze Sack mitgenommen, damit keine Emissionen entstehen. Die Archäologinnen und Archäologen wollen dabei sein, wenn in der Altstadt gebohrt wird, da sich archäologisch wertvolle Funde im Boden befinden. Deshalb wurde der Einsatz der Archäologieequipe in den Kredit miteingerechnet. Wo etwas mehr Platz ist, werden Oberflurcontainer in 240-Liter-Grösse installiert. Sie werden 20 Zentimeter tiefer sein, damit der barrierefreie Zugang gewährleistet ist. Die Container werden in einem nahezu luftdichten Metallgehäuse stehen. Zusätzlich wird eine Aktivkohlefilterlüftung eingebaut, damit die Geruchsemissionen nicht so stark sind. Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) hat diverse Tests durchgeführt und ist zuversichtlich, dass dies gut funktionieren wird. Bei den Oberflur- und Unterflurcontainern wird es ein Batch-Autorisierungssystem geben, um sicherzustellen, dass nur die zugehörigen Nachbarhaushalte dort entsorgen. Mit diesem System werden auch die Mengengebühren erhoben. Es handelt sich um 55 Rappen pro 15 Liter Kompost. Die Projektierungskosten werden auf



2,45 Millionen Franken erhöht. Zusätzliche Ingenieursleistungen sind nötig. Die möglichen Einsparungen bei den rund 50 nötigen Planaufgaben wurden genauer betrachtet. Produktion und Montage der Unterflurcontainer inklusive Tiefbau kosten 722 000 Franken. Die Archäologie kostet 270 000 Franken. Die Einhausung der Oberflurcontainer inklusive Tiefbaus kostet 4,1 Millionen Franken. Die Informatikkosten für das Autorisierungssystem betragen 2,1 Millionen Franken. Zwei neue Fahrzeuge mit Ladeinfrastruktur kosten 465 000 Franken. Kommunikation und Beratung kosten 250 000 Franken. Reserve sowie Projektierungskosten betragen insgesamt 12,683 Millionen Franken. Die Sachkommission Tiefbau- und Entsorgungsdepartement, Departement der Industriellen Betriebe (SK TED/DIB) hat sich das Vorhaben präsentieren lassen. Wir haben viele Fragen gestellt und die Kosten genau angeschaut. Die Mehrheit der Sachkommission mit allen Fraktionen, ausser der SVP, beantragt dem Gemeinderat, dieser Vorlage zuzustimmen.

Kommissionsminderheit Schlussabstimmung:

Johann Widmer (SVP): Wir haben nichts gegen das Bioabfallsammeln. Daraus Biogas zu produzieren, ist sehr sinnvoll. Zudem gibt es Kompost, den man wieder aufs Feld austragen kann. Doch wir unterstützen das Vorhaben nicht um jeden Preis. Die fast 13 Millionen Franken für die Installation in der Altstadt sowie die Folgekosten von 1,7 Millionen Franken pro Jahr sind zu viel. Die Einnahmen über das Batchsystem betragen gerade einmal 120 000 Franken. Energetisch ist es besser, das Grünzeug in der Altstadt dem normalen Abfall beizufügen. Dann gelangt es in die Kehrrichtverwertungsanlage (KVA) Hagenholz, wo es verbrannt und zu Strom gemacht wird. Die Altstadt kann damit leider nicht beheizt werden, aber andere Wohnungen in der Stadt. Das Batch-System ist sehr kompliziert. Dieses muss man alle paar Jahre, vielleicht fünf bis acht Jahre, ersetzen. Dann werden wieder Nachtragskredit für das Vorhaben gestellt. Die bessere Lösung wäre, den Bioabfall in die KVA zu geben und die Millionen einzusparen.

Weitere Wortmeldungen:

Sibylle Kauer (Grüne): Wir Grünen finden das Projekt sehr gut. Die Stadt hat Lösungen entwickelt für Liegenschaften, die dies nicht selbst im oder am Haus anbieten können. Damit wird es möglich, den Bioabfall in der ganzen Stadt zu sammeln. Es wurden zwei Modelle entwickelt. Eines besteht aus einem unterirdisch im Boden zu versenkenden Rohr, wo es bereits unterirdische Abfallstandorte gibt. Zudem gibt es die oberirdischen Containersysteme im öffentlichen Raum mit Zugangskontrolle. Diese haben einen geruchsmindernden Aufbau. Vielleicht ist dieses Modell sogar für Liegenschaften interessant, bei denen heute die grünen Container draussen stehen. Die Stadt hat bestätigt, dass dies möglich wäre – natürlich nicht ganz kostenlos. Wir unterstützen die Weisung natürlich.



Patrick Tscherrig (SP): Mit dem Ausbau der Bioabfallsammlung auf öffentlichem Grund schliesst die Stadt Zürich eine wichtige Lücke in der Abfallinfrastruktur. Künftig erhalten alle Haushalte – unabhängig von der Wohnform oder Platzverhältnissen – die Möglichkeit, ihren Bioabfall korrekt und einfach zu entsorgen. Das ist eine Frage der Gleichbehandlung und der Alltagstauglichkeit. Bioabfall ist kein Abfall, sondern eine wertvolle Ressource. Wer den Klimaschutz ernst nimmt, muss die getrennte Sammlung von organischen Abfällen möglich machen. Diese Vorlage leistet einen konkreten Beitrag und stärkt die Kreislaufwirtschaft. Wir unterstützen dieses Vorhaben.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Simone Brander: Wir machen weiter mit der Demokratisierung des Bioabfalls; Rüstabfällen, Essensresten oder Gartenabfällen. Was früher nur einzelnen Privathaushalten vorbehalten war, steht in Zukunft allen offen. Zu diesem Zweck sollen auf öffentlichem Grund 270 Sammelstellen eingerichtet werden: 260 kleinere mit Einhausung und zehn grössere unterflur, die viermal so viele Bioabfälle fassen. Alle sollen so wenig wie möglich riechen, keinen Lärm verursachen und keine Insektenhotspots werden. Der Weg zum Ziel war nicht überall ganz einfach. ERZ hat verschiedene Optionen verglichen. Vor allem in den Kernzonen hat sich die Umsetzung als knifflig erwiesen. Wo gegraben wird, findet zusätzlich eine archäologische Begleitung statt. Wie die privaten Container sind auch die öffentlichen Container gebührenpflichtig. Gelöst wird dies über ein Autorisierungssystem. Auf diese Art soll vermieden werden, dass etwas im Grünabfall landet, das dort gar nicht hingehört. Das Vorhaben ist insgesamt recht aufwendig. Mit 270 Standorten haben wir aber eine gute Abdeckung. So entstehen die Kosten von knapp 12,7 Millionen Franken. Ich danke für die Zustimmung.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Referat: Beat Oberholzer (GLP), Präsidium; Benedikt Gerth (Die Mitte), Christian Häberli (AL), Sibylle Kauer (Grüne), Markus Merki (GLP), Dr. Emanuel Tschannen (FDP) i. V. von Stéphane Braune (FDP), Sebastian Vogel (FDP), Dominik Waser (Grüne)
Minderheit:	Referat: Johann Widmer (SVP), Vizepräsidium
Enthaltung:	Tom Cassee (SP), Niyazi Erdem (SP), Ursina Merkler (SP), Patrick Tscherrig (SP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs.1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der TED/DIB mit 100 gegen 11 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.



4 / 4

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für die Bioabfallsammlung auf öffentlichem Grund werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 12 683 000.– bewilligt (Preisstand August 2025 gemäss dem Zürcher Index der Konsumentenpreise).

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 24. Dezember 2025 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 23. Februar 2026)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat